

► Fortsetzung von Seite 1

Osvaldo Zavala Giler, der als Registrar die Verwaltung des IStGH leitet und für die IT verantwortlich ist, bestätigte dem Handelsblatt die Absicht. „Angesichts der Umstände müssen wir Abhängigkeiten reduzieren und die technologische Autonomie des Gerichtshofs stärken.“ Zendis kommentierte den Vorgang auf Handelsblatt-Anfrage zunächst nicht. Microsoft war am Mittwoch kurzfristig nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

In Berlin und Brüssel wird der Ruf nach mehr Eigenständigkeit im technologischen Bereich lauter. Bei der EU gibt es Erwägungen, eine eigene technologische Infrastruktur aufzubauen. Und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) warnte kürzlich: „Wir sind bis auf den heutigen Tag viel zu abhängig von Hardware und Software – vor allem von Software – aus den Vereinigten Staaten.“ Europa müsse diese Abhängigkeiten verringern und eigene Stärken ausbauen. Der Internationale Strafgerichtshof macht nun aus Sorge vor den US-Sanktionen einen ersten Schritt.



IT-Systeme sind für alle unsere Aktivitäten unverzichtbar.

Osvaldo Zavala Giler
Verwaltungschef des IStGH

Die Institution in Den Haag gilt als eine zentrale Instanz für die weltweite Durchsetzung des Völkerrechts. Laut eigener Darstellung verfolgt der Strafgerichtshof Personen, denen „die schwersten Verbrechen vorgeworfen werden, die für die internationale Gemeinschaft von Belang sind“. Aktuell laufen zwölf Verfahren, darunter Ermittlungen zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen Russlands in der Ukraine. Grundlage für die Zuständigkeit ist das Römische Statut, ein völkerrechtlicher Vertrag, den bislang 125 Staaten ratifiziert haben. Auch der Nahost-Konflikt beschäftigt den Gerichtshof. Im November 2024 erließ das IStGH Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen Mohammed Diab Ibrahim al-Masri, Oberbefehlshaber der Qassam-Brigaden, dem militärischen Arm der Hamas.

Die Entscheidung rief in den USA scharfe Kritik hervor. Präsident Trump warf dem Gerichtshof „unrechtmäßige und unbegründete Maßnahmen gegen Amerika und unseren engen Verbündeten Israel“ vor. Im Februar verhängte er per Dekret Sanktionen gegen Offizielle des IStGH, darunter Chefankläger Karim Khan, der sein Amt seit Mai aufgrund laufender Untersuchungen ruhen lässt.

Eine weitere Eskalation scheint möglich: Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters erwägt die US-Regierung, Sanktionen gegen die gesamte Institution zu verhängen. Die Folgen könnten gravierend sein. Amerikanische Unternehmen müssten ihre Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof möglicherweise einstellen, um rechtliche Konsequenzen zu vermeiden.

„IT-Systeme sind für alle unsere Aktivitäten unverzichtbar“, sagte Zavala Giler. „Wir müssen einen sicheren Informationsaustausch und eine sichere Beteiligung weltweit ermöglichen.“ Im Fall von Sanktionen müsse die Organisation befürchten, dass Dienste eingestellt würden.

Insbesondere Microsoft spielt in der IT-Architektur des IStGH bislang eine zentrale Rolle, ist in Gerichtskreisen zu hören. Sollte der Konzern gezwungen werden, der Organisation den Zugriff auf seine Produkte zu sperren, hätte die internationale Strafjustiz keinen Zugriff mehr auf zentrale Arbeitsmittel und Daten – und wäre damit womöglich gelähmt.

Abschied von Microsoft



picture alliance / DeFodi Images, SOPA Images/LightRocket via Getty

In den vergangenen Wochen befand sich der Gerichtshof im Ausnahmezustand. Laut einem Bericht der „Financial Times“ prüfte die Führung, wie sie zentrale Abläufe wie Bankgeschäfte und Geschäftsreisen für den Fall von Sanktionen gewährleisten kann. Zudem sicherte die Organisation nach Handelsblatt-Informationen sämtliche Daten, um arbeitsfähig zu bleiben.

Parallel dazu begann die Suche nach einem Ersatz für den digitalen Arbeitsplatz von Microsoft. Die IT-Abteilung prüfte mehrere Produkte, die auf Open-Source-Prinzipien basieren. Der Vorteil solcher Lösungen: Der Quellcode ist offen einsehbar, kann überprüft und flexibel angepasst werden – ohne Einfluss eines einzelnen Unternehmens.

Angesichts der drohenden Sanktionen bleibt der Zeitdruck groß. „Das Ziel ist es, so schnell wie möglich technisch bereit zu sein und die Migration zu Open Desk abzuschließen“, sagte Zavala Giler. Einen Zeitplan nannte er nicht. In Branchenkreisen ist aber die Rede davon, dass der Wechsel innerhalb von einigen Monaten abgeschlossen sein soll. Zavala Giler betonte, dass die Entscheidung nicht gegen Microsoft gerichtet sei. Ohne das Risiko von Sanktionen wäre der US-Konzern weiterhin ein „verlässlicher Partner“. Doch zur Stärkung der technologischen Autono-

Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag (o.), Karim Khan: Angst vor Sanktionen der US-Regierung.

mie bleibe dem Gerichtshof keine andere Wahl. Auch wenn der Schritt „kurzfristig kostspielig, ineffizient und unbequem“ sei: „Langfristig ist es nötig und verantwortungsvoll.“

Die Einführung neuer Produktivitätssoftware gilt in der IT-Branche grundsätzlich als aufwendig. Zudem muss das Gericht noch prüfen, ob sich alle Arbeitsprozesse mit Open Desk abbilden lassen. Eine vorläufige Kompatibilitätsprüfung deutet darauf hin, dass das Programmpaket die „meisten Anforderungen“ abdecke, sagte Zavala Giler. Lücken werde man während der Nutzung feststellen und „priorisieren“.

Open Desk enthält ähnliche Komponenten wie die Produktivitätssoftware von Microsoft – Textverarbeitung und Tabellenkalkulation, E-Mail und Chat, Kalender und Cloud-Speicher, dazu Programme für Videokonferenzen und Projektmanagement sowie ein virtuelles Whiteboard.

Die Lösungen stammen von acht europäischen Softwareherstellern, davon mehrere aus Deutschland. Die Plattform für den Dateiaustausch liefert etwa Nextcloud aus Karlsruhe, das Projektmanagement lässt sich mit einer Komponente von Open Project aus Berlin abwickeln, Univention aus Bremen stellt die Plattform für das Identitäts- und Zugriffsmanagement. Das Zendis übernimmt nach eigenen Angaben „strategische und steuernde Aufgaben“: Es geht also um die Integration der Einzelteile zu einem großen Ganzen.

Die Diskussion um eine Microsoft-Alternative hat eine Vorgeschichte, die in der IT-Branche für breites Aufsehen gesorgt hat. Chefankläger Khan konnte sein Postfach nach den Sanktionen nicht mehr nutzen – laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AP,



Souveränität erwünscht

Umfrage: Welche der folgenden Aussagen treffen zu? In Prozent der Befragten

Wir brauchen deutsche oder europäische Hyperscaler wie AWS, Google oder Microsoft	82 %
Deutschland ist zu abhängig von US-Cloud-Anbietern	78 %
Die Politik der neuen US-Regierung zwingt uns, unsere Cloud-Strategie zu überdenken	50 %
Umfrage: Wären Sie bereit, einen deutschen Cloud-Dienst mit Schutz vor ausländischem Zugriff zu nutzen, auch wenn ...	
... man länger auf neue Funktionen warten muss	12 %
... nicht alle Funktionen im Vergleich zu Diensten von internationalen Anbietern angeboten werden	8 %
... er etwa 10 bis 20 Prozent teurer ist	7 %
... Bedienbarkeit oder Service schlechter sind als bei internationalen Anbietern	6 %
Nein, kommt für uns nicht in Frage	65 %
Weiß nicht/keine Angabe	8 %

Umfrage unter ca. 600 Unternehmen mit mind. 20 Beschäftigten, 2025
HANDELSBLATT Quelle: Bitkom Research

weil der amerikanische Softwarehersteller ihm auf Geheiß der US-Regierung den Zugang gesperrt hatte. Microsoft äußerte sich ausweichend zur Berichterstattung.

Nach Handelsblatt-Informationen sperrte Microsoft dem Chefankläger nicht selbst den Zugang, sondern wirkte beim Gerichtshof darauf hin. Nach dem öffentlichen Aufschrei habe der Konzern seine Position revidiert, berichten Personen, die mit dem Vorgang vertraut sind – nun überlasse er der Organisation selbst die Entscheidung.

Microsoft bemüht sich, Vertrauen zurückzugewinnen. Präsident Brad Smith kündigte „Notfallvorkehrungen“ für die Betriebskontinuität an. Sollte etwa eine Regierung die Einstellung des Cloudbetriebs in Europa verlangen, werde Microsoft „alle verfügbaren rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen“ – auch vor Gericht.

Trotzdem bleibt die Unsicherheit groß. „Der Fall Khan hat in der Wirtschaft massive Wellen geschlagen“, sagte René Büst, Analyst beim Marktforschungsunternehmen Gartner. Unternehmen stellten sich zunehmend die Frage, was passiert, wenn einzelne Mitarbeiter oder ganze Organisationen auf US-Sanktionslisten landen. „Das ist ein gewaltiges Geschäftsrisiko.“ Die Angst vor Trumps langem Arm wirkt sich auf die Beschaffungsstrategien aus: Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom will rund die Hälfte der deutschen Unternehmen ihre Cloudstrategie wegen der neuen US-Regierung überdenken. Allerdings sind nur wenige Manager bereit, für mehr digitale Souveränität auf Funktionen zu verzichten oder höhere Kosten zu akzeptieren. Das Fazit des Verbands: „Eine deutsche Cloud muss konkurrenzfähig sein.“ Christof Kerkmann

Josefine Fokuhl, Christof Kerkmann
Berlin, Düsseldorf

Wie lässt sich die Arbeit organisieren, wenn die Produkte von Microsoft nicht zum Einsatz kommen dürfen? Diese Frage stellt sich der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), weil Sanktionen der USA unter Präsident Donald Trump drohen: Amerikanische Konzerne müssten in diesem Fall womöglich die Zusammenarbeit beenden – auch der weltgrößte Softwarehersteller.

Eine Antwort auf diese Frage soll das Zentrum für digitale Souveränität, kurz Zendis, liefern. Die Organisation arbeitet als GmbH im Bundesbesitz daran, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung im digitalen Raum „langfristig abzusichern“ – unter anderem mit dem Programmpaket Open Desk, das nun auch der Gerichtshof in Den Haag als Alternative zu Microsoft auf 1800 digitalen Arbeitsplätzen einsetzen wird.

Bislang ist die Bundesverwaltung bei digitaler Technologie von einzelnen Softwareanbietern wie SAP, Oracle und Microsoft abhängig – insbesondere bei Produkten des Windows-Herstellers gebe es „Schmerzpunkte“, schrieb die Beratung PwC 2019 in einer Marktanalyse im Auftrag der Bundesregierung. Als kritisch werteten die Berater vor allem die „eingeschränkte Informationssicherheit und (datenschutz)rechtliche Unsicherheit“.

Um die Verwaltung dabei zu unterstützen, sich aus „kritischen Abhängigkeiten“ zu befreien, wurde vor drei Jahren Zendis gegründet. Das zentrale Mittel ist Open-Source-Software: Der Quellcode ist öffentlich einsehbar und nutzbar. Das ermöglicht es, die Anwendungen zu prüfen, zu ändern und weiterzuentwickeln, ohne den Einfluss eines einzelnen Anbieters.

Software

Wie Zendis eine Alternative zu Microsoft entwickeln will

Die Organisation des Bundes soll dem Staat helfen, die Abhängigkeit von Softwarekonzernen wie Microsoft, SAP und Oracle zu verringern.

Thilak Mahendran vom Thinktank Agora Digitale Transformation sagt: „Durch das Zendis ist vielen erstmals bewusst geworden, dass Open Source in der Verwaltung funktioniert. Nicht nur technisch, sondern auch organisatorisch.“

Das wichtigste Element ist das Programmpaket Open Desk für den digitalen Arbeitsplatz. Es enthält Komponenten für die Textverarbeitung und Tabellenkalkulation, E-Mail und Chat, Kalender und Cloud-Speicher, dazu Programme für Videokonferenzen und Projektmanagement sowie ein virtuelles Whiteboard – ähnlich wie bei Microsoft, Google und anderen Anbietern.

200

Millionen Dollar
zahlte allein die Bundesverwaltung im Jahr 2024 für die Nutzung von Microsoft-Produkten.

Quelle: Bundesverwaltung

Die Lösungen stammen jedoch nicht aus einer Hand, sondern von acht europäischen Softwareherstellern. Mehrere davon sind aus Deutschland: Die Plattform für den Dateitausch liefert Nextcloud aus Karlsruhe, das Projektmanagement lässt sich mit einer Komponente von Open Project aus Berlin abwickeln, Univentio aus Bremen stellt die Plattform für das Identitäts- und Zugriffsmanagement.

Zendis entwickelt die Software also nicht selbst, sondern übernimmt „strategische und steuernde Aufgaben“. Es geht beispielsweise um die Integration der Einzelteile zu einem Gesamtpaket.

Der Großteil der Wertschöpfung entstehe aus der Zusammenarbeit mit dem Open-Source-Ökosystem, also bei den Softwareentwicklern, betont die Organisation. Die GmbH selbst hat derzeit nur 35 Beschäftigte.

Die aktuelle schwarz-rote Bundesregierung nennt in ihrem Koalitionsvertrag die digitale Souveränität als wichtiges Ziel, auch die Ampelkoalition formulierte ambitionierte Ziele. Trotzdem erhielt Zendis bei seiner Gründung lediglich 15 Millionen Euro Anschubfinanzierung vom Bund, weitere eingeplante Mittel wurden gestrichen. Nun soll sich die Organisation über Aufträge finanzieren.

Im Wettbewerb mit globalen Konzernen

Ein staatliches Start-up, das sich selbst tragen muss: Reicht das, um eine tragfähige Alternative zu den Produkten der Softwareriesen zu entwickeln?

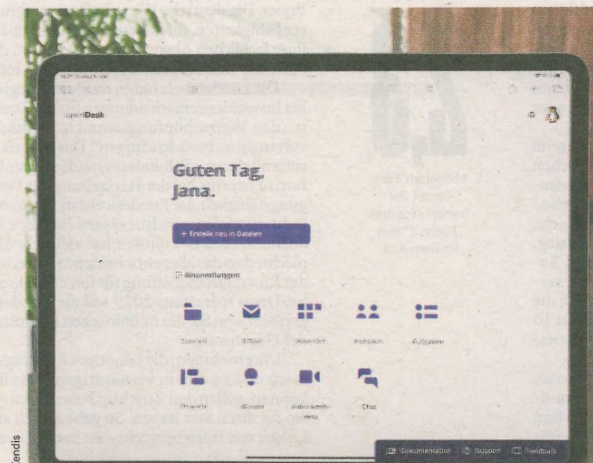
Bislang besetzt das Zendis eine Nische. Seit Open Desk Ende 2024 veröffentlicht wurde, gewann die Firma das Robert-Koch-Institut (RKI) und das Kultusministerium Baden-Württemberg als Kunden. Insgesamt habe man Aufträge über rund 160.000 Enterprise-Lizenzen geschlossen, teilt Zendis mit.

2024 erreichte das Unternehmen einen Umsatz von acht Millionen Euro. Erlösquellen waren Entwicklungsaufträge, Erlöse aus Abonnements sowie Beratungsdienstleistungen. Fürs laufende Jahr erwartet das Management um Geschäftsführer Alexander Pockrandt eine Verdopplung, bei einem ausgeglichenen Ergebnis. Zum Vergleich: Allein die Bundesverwaltung zahlte 2024 mehr als 200 Millionen Euro für die Nutzung von Microsoft-Produkten.

Angesichts des Ungleichgewichts fordern Kritiker mehr politisches Engagement für Zendis. Die Gesellschaft für Informatik (GI) sprach sich im Frühjahr für eine flächendeckende Einführung von Open Desk in der öffentlichen Verwaltung aus und forderte eine verlässliche Finanzierung der Weiterentwicklung. Die Organisation müsse „mit dem gebotenen Tempo weiterarbeiten“ können.

Zu tun gibt es einiges. Das fängt bei der Integration der einzelnen Lösungen zu einem Gesamtpaket an und reicht bis zur Definition von Schnittstellen, damit Kunden einzelne Komponenten austauschen können. In der IT-Branche heißt es, dass Open Desk zwar leichlich funktionieren, es aber noch einiges Verbesserungspotenzial gebe.

Was bei der Vermarktung helfen dürfte: Künftig sollen IT-Dienstleister das Produkt vermarkten, auch an Unternehmen. Zendis könne die Nachfrage so „breiter und schneller“ bedienen, sagte Geschäftsführer Alexander Pockrandt Ende September. Auch das Projekt beim Internationalen Strafgerichtshof dürfte helfen – schon wegen der Signalwirkung.



Zendis-Oberfläche: Beispiel, dass Open Source in der Verwaltung funktioniert.